



Bezirksausschuss 15
Trudering – Riem

Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge

Interfraktioneller Antrag
CSU – die Grünen - SPD

Antrag:

Der Bezirksausschuss wird unverzüglich und umfänglich über die aktuellen, kurzfristigen und auch längerfristigen Planungen eingebunden.

Der Bezirksausschuss erhält feste Ansprechpartner, so bald diese zur Verfügung stehen.

Der Bezirksausschuss wünscht eine Liste aller möglichen Unterkünfte im Stadtbezirk und Auskunft über angedachte Belegungszahlen und Strukturen.

Der Bezirksausschuss bittet Konflikte, die durch eine gemeinsame Unterbringung bestimmter Gruppen bedingt sind, durch eine planvolle Belegung entgegenzuwirken. Die LHM wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen ergreifen, um die untergebrachten Menschen zu schützen. Dazu gehört auch, Menschen in dezentralen Einrichtungen unterzubringen und entsprechend auf die Regierung Oberbayern und die Landesregierung einzuwirken, zügig auch im ländlichen Raum mehr dezentrale Unterbringungsangebote zu schaffen.

Bei zukünftigen Vernetzungs- / Organisationstreffen zum Thema Ukraine Flüchtlinge ist eine städtische Vertretung anwesend.

In diesem Zusammenhang wird auch eine von der Stadt München koordinierte Vernetzung der Helferkreise gewünscht, um wirklich alle Helferkreise zu erreichen und zu koordinieren.

Begründung:

Gerade die ehrenamtlich tätigen Menschen, so wie die sozialen Einrichtungen vor Ort sehen den Bezirksausschuss mit als ersten Ansprechpartner und Schnittstelle zu den politischen Gremien und der Verwaltung.

Damit eine Vernetzung und Bearbeitung zeitnah und effizient erfolgen kann, ist es daher essentiell, dass der Bezirksausschuss in diese Arbeiten eingebunden wird.

Dies ist, entgegen vergangener Zusagen (Bsp. Galopperstraße), bisher nicht erfolgt.

Auch über die inzwischen vom Stadtrat beschlossenen (begrüßenswerten) Maßnahmen für die Unterbringung in den Messehallen hätten wir uns eine zeitnahe Information gewünscht. Wir verstehen, dass die Stadtverwaltung hier unter großem Druck steht und auch immer noch mit den Auswirkungen der Coronapandemie zu kämpfen hat. Der Bezirksausschuss ist jedoch das politisch gewählte Gremium vor Ort und sollte hier unbedingt auskunftsfähig sein. Wir bitten künftig dringend um eine bessere Einbindung und Kommunikation.

Nach den uns übermittelten Informationen, u.a. durch Arbeitende vor Ort, fühlen sich HelferInnen häufig im Stich gelassen. Darüber hinaus sind sich selbst organisierte Helferkreise mit kurzfristigen Schließungen von Einrichtungen konfrontiert und müssen kurzfristig die Unterbringung von erhaltenen Hilfsgütern organisieren.

Des Weiteren wissen die zahlreichen HelferInnen nicht an wen sie sich wenden können, um Hilfe zu leisten.

In den Messehallen nimmt die Anspannung zu. Es wird von zunehmend schwierigen Zuständen und erhöhten Anspannungen berichtet. Diese entstehen lt. Den vor Ort arbeitenden Personen vor allem auch aufgrund einer unsensiblen Mischung der Vertriebenen, ungesehen der Herkunft. Für ehrenamtliche Helfer ergeben sich dadurch Situationen, die sie z.T. nicht einschätzen und die zum anderen auch gefährlich werden können. So genannte „Boxen“ in den Unterkünften werden dabei aus Sicherheitsgründen nur noch zu Zweit betreten.